

Straßburg, 8. Juni 2005

Pressemitteilung 32 - 2005

"Auch ein Schritt zurück kann ein Schritt zum Ziel sein"

Bei seiner Debatte über die Bürgerbefragungen der vergangenen Tage in Frankreich und den Niederlanden hat sich das Europäische Parlament mit großer Mehrheit für die Ziele des Vertrages einer Verfassung für Europa ausgesprochen. "Die EU-Verfassung bringt Europa mehr Demokratie und Transparenz. Sie stärkt das Europäische Parlament und sichert konkrete Bürgerrechte gegenüber europäischen Entscheidungen. Dies alles sind Dinge, die den Menschen in Europa nützen, und die sie auch wollen", erklärt der südbadische Abgeordnete Dr. Andreas Schwab die Entscheidung des Europäischen Parlaments.

Gleichzeitig dürfe die Reaktion auf die gescheiterten Referenden zur Ratifizierung des Verfassungsvertrages kein "Weiter so" sein. "Die Menschen in Frankreich und den Niederlanden haben, stellvertretend für viele andere Bürgerinnen und Bürger der EU, ihre Unzufriedenheit mit der aktuellen Situation zum Ausdruck gebracht - eine Unzufriedenheit, die sich zum Teil auch gegen die Europapolitik der EU-Staats- und Regierungschefs richtet", so Schwab. Die EU müsse dieses Signal ernst nehmen und in einigen Punkten die eingeschlagene Richtung korrigieren. Es gelte nun, die Fehler der Vergangenheit zu korrigieren. Insbesondere die Geschwindigkeit der EU-Erweiterung müsse überdacht werden.

"Mit der Erweiterung um zehn neue Mitgliedsstaaten im letzten Jahr hat die Europäische Union einen historischen Schritt gewagt. Nun müssen wir erst einmal alle unsere Kräfte auf die Integration innerhalb der EU konzentrieren, bevor wir über erneute und risikoreiche Erweiterungen nachdenken." Zu ihrer inneren Konsolidierung gehöre, dass die EU sich auf ihre Kernaufgaben besinne. "Wir müssen der Europäischen Union in den Augen der Bürgerinnen und Bürger ihr klares Profil zurückgeben und deutlich machen, wofür die EU steht: für offene Grenzen, für fairen Wettbewerb im geeinten Binnenmarkt und für die Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen." Alles andere, so Schwab weiter, müsse durch eine bewusste Rückbesinnung auf die Regeln der Subsidiarität in die Verantwortung der nationalen Regierungen gegeben werden. "Auch ein Schritt zurück kann ein Schritt zum Ziel sein.", zitiert Schwab in diesem Zusammenhang Altbundeskanzler Konrad Adenauer.